

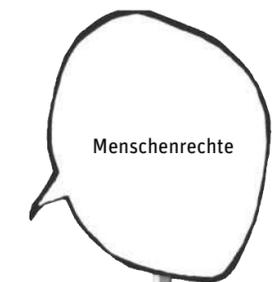


Illustration: 123RF/Sylwia Nowik [M]

IN BEWEGUNG

Besetztes Haus in Göttingen geräumt

Göttingen. Die Stadt Göttingen hat am Montag das besetzte Haus in der Fridtjof-Nansen Straße 1 geräumt. Um etwa sieben Uhr morgen rückte die Polizei laut Angaben von Aktivist*innen mit »etwa einer Hundertschaft und schwerem technischen Gerät« an, so Initiativen-Sprecher Felix Blum gegenüber »nd«. Zur Zeit der Räumung hätten sich noch etwa 20 Menschen im Gebäude befunden. Die Besetzer*innen hatten zuvor angekündigt, das Gebäude nicht militant verteidigen zu wollen. Dementsprechend »undramatisch« sei die Räumung abgelaufen, erzählt Felix Blum von der Initiative »Our House Nansen 1«. Am Montag hatten Aktivist*innen das leer stehende Gebäude in der Universitätsstadt besetzt. Dieses ist Teil eines Komplexes, der vom Göttinger Ableger des Goethe-Instituts als Wohnheim genutzt wurde. Die Aktivist*innen hatten das Gebäude besetzt, um eine bessere Unterbringung von Geflüchteten in einer Lagerhalle auf der Siekhöhe zu fordern und gegen die Privatisierung von Wohnraum zu protestieren. *nd*



Lexikon der Bewegungssprache

Weitere Beiträge aus dieser Serie unter dasND.de/apo

»Die Internationale erkämpft das Menschenrecht«, heißt es im Refrain des wohlbekanntesten Kampfliedes der Arbeiter*innenbewegung. Damals kämpften Proletarier*innen darum, überhaupt als Menschen, die eigene Rechte haben, anerkannt zu werden. Doch spätestens nach der Oktoberrevolution wurde die Frage relevant, wie es denn eine Linke mit den Menschenrechten hält, wenn sie Macht hat. Im Kalten Krieg wurden die Menschenrechte als Waffe gegen autoritäre Sozialismenmodelle benutzt und oft instrumentalisiert. Der Westen inszenierte sich als Hüter der Menschenrechte, hatte oft keine Probleme, mit Faschisten zu paktieren oder wie in Vietnam Krieg mit Napalm zu führen. Die außerparlamentarische Linke bleibt von der Debatte um die Menschenrechte nicht verschont. Feministinnen erinnerten nach 1968 daran, dass die Menschenrechte nicht geschlechtsblind sind. Antifaschist*innen müssen bei ihren Aktionen berücksichtigen, dass auch Neonazis Menschenrechte haben. Für innerlinke Konflikte sorgte in den vergangenen Jahren zunehmend die Positionierung zu Kriegen, die im Namen der Menschenrechte geführt werden. Während manche Linke angesichts von regressiven Ideologien wie den Islamismus ein bloßes Nein zu einfach finden, betonen andere Linke, dass jeder Krieg per se eine Menschenrechtsverletzung darstellt. *now*



Gemeinsam bauen und kollektiv wirtschaften auf der »Zone à défendre«, kurz ZAD ist der Zentralregierung ein Dorn im Auge.

Foto: AFP/Loic Venance

Umstrittene Legalisierung

Der Konflikt um das besetzte Flughafengelände in Notre-Dame-des-Landes geht weiter

Vor knapp einem Monat hat die französische Polizei begonnen, die ZAD-Besetzung auf dem geplanten Flughafengelände zu räumen. Währenddessen versucht die Regierung, die Bewohner*innen zu spalten.

Von Haidy Damm

2500 Polizisten, Wasserwerfer, Räumpanzer, Drohnen und Hubschrauber, 11 000 Kartuschen Tränengas, 3000 Blendgranaten – es ist eine Materialschlacht, mit der Frankreichs Regierung seit dem 9. April versucht, die Bewohner*innen der »Zone à défendre« (ZAD) in der Nähe von Nantes zu vertreiben. Rund 30 Häuser wurden bisher von den Baggern zerstört, 60 Aktivist*innen festgenommen, erste Schnellverfahren vor Gericht abgehandelt. Zwar ist die Räumung offiziell ausgesetzt, die Gendarmerie will aber vor Ort bleiben, bis alle »illegalen« Gebäude zerstört sind, die Durchgangsstraße wieder unter staatlicher Kontrolle ist und keine Gemeinschaftsprojekte wieder aufgebaut werden.

Die Unterscheidung, wer legal und wer illegal auf dem Gelände ist, versucht der französische Staat momentan vorzunehmen. Bis zum 14. Mai gilt

die Antragsfrist für individuelle Nutzungsverträge, alle nicht genehmigten Projekte sollen anschließend geräumt werden. Die Polizei hat angekündigt, monatelang auf dem Gelände zu bleiben, um den Wiederaufbau zu verhindern.

»Die staatliche Autorität wiederherstellen«, mit diesen Worten hatte Präsident Emmanuel Macron, das Ziel der Räumung beschrieben. Es sei an den Besetzer*innen, »eine Geste« zu zeigen und den »minimalen« Forderungen der Regierungen nachzukommen, erklärte Umweltminister Nicolas Hulot.

Eine Forderung, die auf Widerspruch stößt und innerhalb der ZADisten für Streit sorgt. Sie kritisierten das Ultimatum der Regierung und bezeichneten unter anderem die Zerstörung ihrer Landwirtschaftsprojekte als »Erpressung«. Die Aktivist*innen wollen, dass der französische Staat ihre während vieler Jahre aufgebauten Projekte kollektiv anerkennt. Hinter Macrons Forderung vermuten sie wohl nicht zu Unrecht die Absicht, die Bewegung zu spalten und zu entsolidarisieren. Bislang zeigt sich die Regierung nur für Projekte offen, die individuell gestellt werden und landwirtschaftlich ausgerichtet sind.

Streitpunkt ist die vom Zentralstaat vorgenommene Unterscheidung zwischen individuellen und kollektiven Projekten. Einige Bewohner*innen haben inzwischen Pachtverträge mit der örtlichen Vertretung des Zentralstaates unterzeichnet, darunter vier Landwirte, die sich seit Jahrzehnten gegen die Enteignung ihrer Betriebe gewehrt hatten. Etwa 40 Aktivist*innen haben zudem Anträge für rund 270 Hektar Fläche eingereicht, um die Räumung auszusetzen und wieder zu verhandeln. Das sei ihre »Geste«, heißt es in einer Mitteilung. Sie wollen sich trotz individueller Anträge weiter antikapitalistisch und kollektiv organisieren – in Kooperation mit den Landwirt*innen, die ihre Höfe weiter individuell bewirtschaften wollen. Diese Lösung habe den Vorteil, dass das seit vielen Jahren erfolgreiche Projekt weiterhin ein gemeinsames Wirtschaften entgegen der üblichen destruktiven Eigentumslogik ermögliche – eine Idee, die von der Regierung abgelehnt werde.

Offen ist laut Medienberichten zudem, ob der Zentralstaat überhaupt über diese Flächen entscheiden darf. Das Département ist der Meinung, dass die Flächen, die es für den Flughafenbau enteignete und dem Staat

überließ, zurück in den Besitz des Départements gehören. Darüber soll bald ein Gericht entscheiden. Falls die Provinzregierung mit der Klage erfolgreich ist, soll zukünftig die örtliche Landwirtschaftskammer mit der Verteilung der Agrarflächen beauftragt werden.

Der Konflikt um die ZAD wird derzeit zu einem Symbol über Frankreich hinaus. »Was in Notre-Dame-des-Landes passiert, macht einen Konflikt sichtbar, der die ganze Welt betrifft«, erklärte der belgische Philosoph Raoul Vaneigem. Die US-Autorin Naomi Klein erklärte die kollektive Ökonomie der ZAD zum »Modell«, das eine Idee zeige, die »wir verteidigen müssen«.

Auch aus Deutschland kommt Unterstützung. Am Mittwoch wollen Aktivist*innen an der französischen Botschaft in Berlin Unterschriften übergeben. »La ZAD ist für uns, über die Grenzen Frankreichs hinaus, eine Hoffnung gegen die Individualisierung der Gesellschaft und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche«, erklärte Jürgen Holzapfel vom Europäischen Bürger*innenforum. »Die Zerstörung soll dieses Symbol und die Hoffnungen, die damit verbunden sind, zunichtemachen.«

Wer schreibt die Geschichte des Atomkonflikts?

Das Netzwerk »Nukleares Gedächtnis« will über Atomnutzung aufklären und Bewegungswissen sammeln

Zeitzeugen der Anti-Atomkraft-Bewegung verschwinden. Aktivisten und Wissenschaftler trafen sich in Berlin, um die Erfahrungen der Aktivisten aufzuarbeiten.

Von Juliane Dickel

Das im Oktober 2017 von Experten aus Institutionen und Bewegung gegründete Netzwerk »Nukleares Gedächtnis« will die Forschung zur Atomnutzung in Deutschland fördern. Durch Veranstaltungen soll auch generationsübergreifend ein Wissenstransfer ermöglicht werden. Zwar gibt es bereits verschiedene Versuche der Aufklärung, etwa die Finanzierung atomkritischer Jugendförderung durch die Deutsche Bundesumweltstiftung und im Rahmen des staatlichen Forschungsprojekts ENTRIA. Das Netzwerk fokussiert sich jedoch nach eigenen Angaben speziell auf das Lernen aus der Vergangenheit. Anfang Mai traf es sich zum zweiten Mal in Berlin.

Keine Region wolle ein zweites Gorleben werden, erklärte Asta von Oppen, bisher Sprecherin der Rechtschilfe Gorleben und nun des Netzwerks. Daher spiele die Geschichte für die aktuelle Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle auch eine wichtige Rolle. Der Atomstandort tauche im Suchprozess immer wieder auf als Beispiel für den Konflikt

zwischen Staat, institutionalisierter Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Damit das überhaupt irgendwann gelöst werden könne, ist von Oppen überzeugt, sei die Aufarbeitung der Geschichte essenziell.

Umso interessanter, dass im Netzwerk institutionalisierte Wissenschaft und Widerstand nicht mehr gegeneinander reden, sondern miteinander. »Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Bewegung ist nicht einfach«, bestätigte Dr. Peter Hocke vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe, der seit 15 Jahren zur nuklearen Entsorgung arbeitet. Er verstehe die Kritik, da die Regionen sehr frustrierende Erfahrungen mit Fachbehörden und wissenschaftlichen Institutionen gemacht hätten. Heute sei aber vielen klar, dass der Austausch mit allen Akteuren wichtig sei.

Bisher ist die Beteiligung an den Netzwerktreffen noch überschaubar. Zwar wurde das Projekt vom Gorleben-Archiv mit angeregt, die meisten Bewegungsexperten kommen auch aus der Region. Andersorts gibt es dagegen noch Vorbehalte, ob man seine Geschichte nicht selbst schreiben sollte. Diskutiert wurde darum, sich mehr in den Regionen zu treffen und auch andere Archive einzuladen. Eine umfangreiche Aufarbeitung würde nur mit breiter Unterstützung in der Anti-Atom-Bewegung möglich sein, so der

Tenor. Diese meist lokalen Initiativen im Umfeld von Atomstandorten besitzen spezifisches Wissen, Erfahrungen und Kisten voller Dokumente.

Damit diese Kisten nicht verloren gehen, will das Netzwerk Unterstützung vermitteln und Archive vernetzen. Allerdings drängt es, denn die Zeitzeugen verschwinden und mit ihnen ihre Erfahrungen und Bestände. Viele weitere Dokumente aus 40 Jahren Auseinandersetzung um Atom-

»Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Bewegung ist nicht einfach.«

Dr. Peter Hocke

energie in Deutschland sind verstreut in Archiven, Sammlungen, Institutionen – ein Überblick fehlt. Den will das Netzwerk durch systematische Quellenuche schaffen.

Dr. Achim Brunnengraber vom Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin war als interessierter Politik- und Sozialwissenschaftler bei dem Treffen dabei. Er glaubt, dass die Wissenschaft stärker den Dialog mit der Öffentlichkeit suchen muss, gerade im Zeitalter der Fake News. Sie müsse in und

für die Gesellschaft stattfinden, nicht irgendwo im Glashaus.

Umgekehrt könne Wissenschaft helfen, aus der Vergangenheit zu lernen, so der Privatdozent. Zum Beispiel habe sich gezeigt, dass ein nationales Parlament nicht einfach etwas entscheiden und dann regional durchsetzen kann. Gerade im Endlager-suchprozess müssten staatliche Institutionen flexibler reagieren und auf Bürger eingestellt sein, die Transparenz und Information einfordern.

Ob Politik und Behörden das annehmen, bleibt fraglich. Der Bundestag hat bereits ein Endlagersuchgesetz beschlossen, das zwar Bürgerbeteiligung vorsieht, aber keine finale Mitbestimmung. Und das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung hat es kürzlich geschafft, mit einer Broschüre, die seine Rolle definieren sollte, alle Beteiligten zu brüskieren.

Umso wichtiger scheinen die Aufklärungsprojekte. Laut von Oppen sei man bei der Frage der Netzwerkfinanzierung auf offene Ohren gestoßen. So stellt die Stiftung Zukunftserbe erste Mittel zur Verfügung, und mit der Bundeszentrale für politische Bildung stehe man im Dialog über die Finanzierung konkreter Veranstaltungen. »Mein Eindruck ist, dass sie das für sehr relevant halten, weil der Konflikt noch nicht zu Ende ist.«

Proteste gegen Rheinmetall

In Berlin und Untersüb gab es Blockaden und Aktionen

Von Sebastian Bähr

Der Sensenmann schreitet über die am Boden liegenden Körper, die Kapuze tief im Gesicht. Dutzende krümmen sich zwischen seinen Füßen, viele haben Blutflecken auf der Kleidung. Unter den Toten befinden sich mehrere Linkspartei-Abgeordnete. Immer wieder ertönen laute Sirenen, Schüsse, Explosionen.

Die Leichen vor dem Berliner Maritim-Hotel waren natürlich nicht echt. Die Botschaft, die von den Demonstranten am Dienstagvormittag an die hier tagenden Rheinmetall-Aktionäre ausging, war dennoch klar: An den Händen der Manager und Großaktionäre des Rüstungskonzerns klebt Blut. Der türkische Angriffskrieg im nordsyrischen Afrin und der saudi-arabische Kriegseinsatz in Jemen waren zwei häufig genannte aktuelle Beispiele für die tödliche Verwendung der deutschen Rüstungsgüter. Aufgerufen hatten zu dem Protest die Berliner Initiative »Legt den Leo an die Kette« und die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel.«

Auf der Kundgebung bekräftigte Anabel Schnura von der ethicon-Stiftung: »Rheinmetall ist der größte Rüstungskonzern in Deutschland, der Krieg beginnt hier.« Es sei »blanker Zynismus«, dass die Aktionärsversammlung ausgerechnet am Tag der Befreiung stattfindet. Die ethicon-Stiftung übergab symbolisch den Schmähpreis »Black Planet Award« an die Konzernleitung.

Auf der Hauptversammlung selbst berichtete die Menschenrechtsaktivistin Bonyan Gamal aus Jemen von sechs Zivilisten, die jüngst im Land umgekommen waren. Funde vor Ort würden auf eine Bombe hinweisen, die von der italienischen Rheinmetall-Tochter RWM Italia stamme. Auf der Kundgebung erklärte der kritische Aktionär Mauro Meggiolaro vom italienischen Netzwerk für Abrüstung: »Rheinmetall benutzt seine italienische Fabrik, um Waffenexportbestimmungen Deutschlands zu umgehen.«

Einige Aktivisten versuchten, am Eingang des Hotels Fahnen der syrisch-kurdischen YPG-Miliz und ein Transparent mit der Aufschrift »Rheinmetall verschrotten« zu zeigen, die Polizei setzte sie jedoch zügig fest – laut Augenzeugen »brutal«. Aus einem Fenster der gegenüber dem Maritim-Hotel liegenden Gedenkstätte Deutscher Widerstand wurde ein Transparent gezeigt: »Wir klagen Rheinmetall und die Deutsche Bundesregierung an: Beihilfe zum Mord an Tausenden Menschen.«

Auch in der niedersächsischen Kleinstadt Untersüb gab es am Dienstag Protest gegen eine lokale Waffenfabrik von Rheinmetall. Die Gruppe Sigmar (Solidarische Interventionen gegen menschenrechtswidrige Angriffskriege und Rüstungsexport) hatte früh am Morgen den Zufahrtsweg der Firma mit einem Metallgerüst blockiert. »Solidarität mit Afrin« und »Rüstungsexporte stoppen« war auf befestigten Transparenten zu lesen. Die Gruppe Sigmar kritisierte in einem Statement auch den Umgang des Unternehmens mit seiner Geschichte im Nationalsozialismus: »Das ist keine Erinnerungskultur, das ist billiger Landserkitsch.« Nach sechs Stunden räumte die Polizei, die meisten Aktivisten konnten nach eigener Aussage ohne Angabe der Personalien den Ort verlassen.

Bereits am Montagabend hatten rund 300 Demonstranten in Berlin gegen Rheinmetall protestiert. Veranstalter war die interventionistische Linke. Ein Sprecher des kurdischen Dachverbandes Nav-Dem erklärte: »Wir werden nicht dulden, dass sich deutsche Rüstungskonzerne wie Rheinmetall am Aufbau einer faschistischen Diktatur in der Türkei beteiligen.«